

Zwei CFL Mobility Flex Fahrzeuge für Leudelingen

AUS DER SITZUNG DES GEMEINDERATES VOM 11. MAI 2021

Anwesend:

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel, Schöffe Jean-Paul Sunnen, Schöffe Raphael Gindt.
Ratsmitglieder: Tom Berend, Marcel Jakobs, Lou Linster, Jean-Pierre Roemen.

Die Räte Patrick Calmus und Christiane Schmit-Hamen nehmen über Videokonferenz an der Sitzung teil.

Gemeindesekretär: Marc Thill

- 1a Festlegung und Genehmigung des Tagungsortes für die Gemeinderatssitzung.
- 1b Genehmigung der Tagesordnung.
- 2 Mitteilungen des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums
- 3 Gemeindefinanzen: Aufnahme eines Kredits über 3 Millionen Euro; Grundsatzvereinbarung
- 4 CFL Mobility Flex: Genehmigung eines Vertrags mit CFL Mobility s.a.
- 5 Grundstückserwerb Katasternummer 854/7955, Rue de la Montée
Genehmigung des Kaufvertrags
6. Erwerb mehrerer Grundstücke aus einer öffentlichen Versteigerung am 13. April 2021: Genehmigung des Kaufvertrags
- 7 Konvention mit dem Sozialamt der Gemeinde Mamer 2021: Genehmigung der Konvention
8. Regionale Musikschule RMW: Genehmigung der provisorischen Schulorganisation 2021/2022
- 9 Stundenzuschüsse und Prämien für verdienstvolle Schüler: Entscheidung über eine Änderung der Verordnung
- 10 Motionen der Gemeinderatsmitglieder
- 11 Anfragen zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts
- 12 Korrespondenz, Fragen an das Bürgermeister- und Schöffenkollegium
- 13 Brasserie „An der Eech“: Genehmigung einer Kündigungsvereinbarung (in geschlossener Sitzung)
- 14 Personalangelegenheiten: Genehmigung einer Änderung des Kollektivvertrags für Angestellte (in geschlossener Sitzung)
- 15 Beratungskommissionen: Ernennung eines Mitglieds der Sportkommission (in geschlossener Sitzung)

1a Festlegung und Genehmigung des Tagungsortes für die Gemeinderatssitzung.

Aufgrund der sanitären Maßnahmen wegen der Covid-19-Pandemie findet die Sitzung im Kultur- und Gesellschaftszentrum „an der Eech“ statt. Alle Ratsmitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

1b Genehmigung der Tagesordnung

Rat Lou Linster schlägt vor, den Punkt 15 der Tagesordnung vorzuziehen, um jene Tagungspunkte, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, gemeinsam am Ende der Sitzung behandeln zu können. Er ist zudem nicht damit einverstanden, dass die Punkte 13 und 14 der Tagesordnung unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert werden, da es dazu in seinen Augen keinen Anlass gibt. Das Schöffenkollegium schlägt vor, den ehemaligen Punkt 15

als neuen Punkt 12 vorzuziehen, die Tagesordnung aber ansonsten unverändert zu lassen.

Der Vorschlag des Schöffenkollegiums wird mit vier Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

2. Mitteilungen des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt mit, dass das Schöffenkollegium aufgrund der weiterhin angespannten Covid-19-Lage noch keine endgültigen Aussagen zu eventuellen Feierlichkeiten am Nationalfeiertag machen könne. Man warte in diesem Zusammenhang darauf, was die Regierung plane. Diese habe bereits angedeutet, als Ersatz für die lokalen Veranstaltungen eine Zeremonie auf nationaler Ebene organisieren zu wollen. Das Schöffenkollegium habe auch bereits entschieden, das Rathaus während der gesamten Woche des Nationalfeiertags in

den Nationalfarben beleuchten zu lassen.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel gibt bekannt, dass die Anmeldefrist für Ferienjobs im Gemeindedienst am 15. Mai endet. Bisher hätten 14 Jugendliche Schüler und Studenten aus Leudelingen eine Bewerbung eingereicht.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass das Schöffenkollegium bald eine Entscheidung über die geplante Einstellung eines Ersatzvorarbeiters treffen wolle. 17 Bewerbungen seien für den Posten eingegangen. Zunächst müsse der Gemeinderat jedoch die in der aktuellen Sitzung vorgeschlagene Änderung des Kollektivvertrags für Angestellte genehmigen, da dies in diesem Zusammenhang relevant sei.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt mit, dass die Covid-19-Schnelltests für den Einsatz

in den Schulen Anfang Mai geliefert worden seien. Jede Woche würden in allen Altersstufen pro Klasse zwei bis drei Schüler getestet werden. In den Vorschulklassen und der Früherziehung (éducation précoce) bekämen die Eltern einen Test, um diesen zu Hause durchzuführen.

Die Bürgermeisterin teilt mit, dass bald die ersten Stationen des hauptstädtischen „vel’OH!“-Mietfahrradnetzes in der Gemeinde errichtet werden.

Zu den aktuellen Bauarbeiten in der „Rue de la Gare“ erklärt die Bürgermeisterin, dass diese wie geplant voranschreiten würden. Auch, wenn der Fortgang der Arbeiten zurzeit schleppend erscheinen würde, liege dies daran, dass aktuell zahlreiche kleinere Detailarbeiten verrichtet würden, wie etwa die Hausanschlüsse.

Die Bürgermeisterin erläutert, dass zudem in Kürze die Bauarbeiten in der Rue de Cessange beginnen würden, deren Kostenvoranschlag in der Gemeinderatsitzung vom 30. März genehmigt worden sei. Die Arbeiten sehen die Erneuerung des Gas-, Telekommunikations- und Stromnetzes zwischen der Kreuzung mit der Rue de la Gare und der Einfahrt zum Domaine Schmiseleck vor, sowie die Installation einer neuen Wasserleitung. Die Bauarbeiten würden beginnen, sobald jene in der Rue de la Gare fast abgeschlossen seien; die Dauer der Arbeiten betrage vier Monate.

Zum Einkaufsservice der Gemeinde im Kontext der Pandemie erklärt Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel, dass derzeit keine Kundenanfragen mehr eingehen würden. Die Dienstleistung sei zuletzt Anfang April genutzt worden. Das Schöffenkollégium wolle den Service aber bis zum Ende der Pandemie beibehalten.

Rat Marcel Jakobs bemerkt, dass der Zustand des befahrbaren Abschnitts auf der Baustelle in der Rue de la Gare aufgrund größerer Schlaglöcher besorgniserregend sei. Da die Anwohner trotzdem darauf angewiesen seien, diesen Abschnitt zu nutzen, regt er eine provisorische Instandsetzung an. Die Bürgermeisterin erklärt, das Problem sei dem Schöffenkollégium bekannt und dieses habe bereits mehrmals darum gebeten, dass die Straße ausgebessert wird. Sie verspricht, das Problem erneut anzusprechen.

Rat Patrick Calmus schließt sich seinem Vorredner an, was den schlechten Zustand der Fahrbahn betrifft. Er bemerkt zudem, dass die Fahrbahn auf der Baustelle zum Teil als Materialdepot genutzt werde, was weitere Probleme bereite. Er findet diesen Umstand inakzeptabel, da die Straße offiziell für den Verkehr freigegeben sei. Die zuständigen Mitarbeiter der Gemeinde müssten ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Die Bürgermeisterin verspricht, sich um die Sache zu kümmern, bemerkt aber, dass derartige Unannehmlichkeiten an einer Baustelle unvermeidbar seien. Die Tatsache, dass das Teilstück trotz der Arbeiten befahrbar bleibe, sei immer als Kompromisslösung anzusehen.

Rat Patrick Calmus begrüßt, dass das „vel’OH!“-Mietfahrradnetz endlich auf Leudelingen ausgedehnt werde, bedauert aber, dass dies sehr lange gedauert habe. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, die Gemeinde sei in dieser Sache vollkommen von der Planung der Stadt Luxemburg abhängig.

Rat Jean-Pierre Roemen begrüßt ebenfalls den Ausbau des „vel’OH!“-Netzes sowie die

Tatsache, dass das Schöffenkollégium trotz geringen Interesses den Einkaufsservice vorerst beibehalten wolle.

3 Gemeindefinanzen: Aufnahme eines Kredits über 3 Millionen Euro; Grundsatzvereinbarung

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erinnert daran, dass der Gemeindehaushalt 2021 die Aufnahme eines Kredits in Höhe von 7,5 Millionen Euro vorsehe. Die niedrige Zinslage sowie die Tatsache, dass der Staat aufgrund der Pandemie Hilfe für die Gemeinden in Aussicht gestellt habe, mache den Zeitpunkt günstig, um einen Kredit aufzunehmen.

Ein erstes Angebot der BCEE sehe bei einer Kreditaufnahme von 3 Millionen Euro im günstigsten Fall eine Rückzahlung von 76.411,29 Euro pro Semester über 10 Jahre vor. Eine teurere Variante sehe halbjährlicher Raten von 78.719,97 über 20 Jahre vor. Dies entspreche einer Rückzahlung von monatlich 12.735, respektive 13.152 Euro.

Laut Bürgermeisterin wolle das Schöffenkollégium weitere Angebote einholen. Gesetzlich sei eine Kreditaufnahme frühestens im Monat Mai möglich. Der Gemeinderat solle in der aktuellen Sitzung lediglich eine Grundsatzvereinbarung treffen, die es dem Schöffenkollégium ermögliche, weitere Schritte zu ergreifen. Das vorliegende Kreditangebot betreffe nur einen Teil des geplanten Gesamtkredits. Die Gemeinde habe in letzter Zeit mehrere Grundstücke erworben und wolle zahlreiche Projekte realisieren.

Rat Marcel Jakobs bemerkt, dass der Verwendungszweck für den Kredit im Haushalt den Bau einer

neuen Schule vorsehe. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass die Gemeinde die Finanzierung zukünftiger Projekte sicherstellen müsse. Daher sei es wichtig, die Grundsatzvereinbarung frühzeitig zu treffen, auch, wenn die Kreditaufnahme erst später erfolge. Gemeinsekretär Marc Thill erläutert auf Nachfrage von Rat Marcel Jacobs, welche Schritte die Prozedur laut dem Gesetz über die Gemeindefinanzen vorsehe.

Rat Patrick Calmus fragt, ob die Kreditaufnahme trotz der Grundsatzvereinbarung noch vom Gemeinderat genehmigt werden müsse. Gemeinsekretär Marc Thill verneint dies und erklärt, das Schöffengericht könne nach der Grundsatzvereinbarung den Kredit ohne weiteres aufnehmen. Eine erneute Abstimmung sei nicht zwingend, aber möglich. Rat Patrick Calmus hält dies für bedenklich, da die Grundsatzvereinbarung zum Kredit keine präzise Verwendung der Gelder vorschreibe. Gemeinsekretär Marc Thill erklärt, der Verwendungszweck sei tatsächlich im betreffenden Haushaltsposten vermerkt. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel unterstreicht, dass diese Vorgehensweise nötig sei, um bei Bedarf kurzfristig Ausgaben begleichen zu können, da die Genehmigungsprozedur zur Kreditaufnahme einige Zeit in Anspruch nehme. Schöffe Jean-Paul Sunnen erläutert, dass es darum gehe, dass der Kredit bei Bedarf kurzfristig verfügbar sei, auch wenn er eventuell nicht sofort aufgenommen werde.

Rat Lou Linster begrüßt die Kreditaufnahme prinzipiell und möchte wissen, welche Konditionen das Schöffengericht bei der Kreditaufnahme bevorzuge. Schöffe Jean-Paul Sunnen erklärt, dass es derzeit ratsam

erscheine, eine Laufzeit von zehn Jahren bei festem Zinssatz anzustreben.

Die Grundsatzvereinbarung zur Aufnahme eines Kredits über 3 Millionen Euro wird einstimmig getroffen.

4. CFL Mobility Flex: Genehmigung eines Vertrags mit CFL Mobility s.a.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass die Gemeinde einen Vertrag mit dem Unternehmen CFL mobility s.a. plane, um das „Flex“-Carsharing Angebot in der Gemeinde anzusiedeln. Der Vertrag sehe zunächst

vor, während einer sechsmonatigen Probezeit ab dem 1. Juni zwei Mietwagen in Leudelingen anzubieten. Ein Auto soll an der „Place du Lavoisier“ stehen, das andere in der Gewerbezone „Am Bann“ in der Rue Leon Laval. Beide Fahrzeuge werden an den bestehenden „Chargy“-Ladestationen platziert. Die Dienstleistung sei während der Probezeit für die Gemeinde kostenlos. Falls es zu einer Verlängerung des Vertrags komme, beteilige sich die Gemeinde mit einer einmaligen monatlichen Gebühr von 750 Euro an den Kosten. Die Vertragsdauer betrage drei Jahre. Die Kosten für die Benutzer beinhalten neben einer



photo CFL

Grundgebühr von 3,80 Euro pro Stunde eine Nutzungsgebühr von 45 Cent pro Kilometer. Sämtliche Einnahmen aus der Nutzungsdauer, die die Kostenbeteiligung der Gemeinde übersteigen, werden der Gemeinde zurückerstattet.

Die Bürgermeisterin unterstreicht, dass die Dienstleistung nicht in erster Linie auf Profit abziele, sondern eine Reduzierung des Individualverkehrs zum Ziel habe. Der Betreiber CFL mobility sehe das Angebot als komplementär zum Bahnnetz an. Die Bürger sollen über sämtliche Kommunikationskanäle der Gemeinde über die neue Dienstleistung informiert werden.

Rat Marcel Jakobs begrüßt die Initiative, möchte aber wissen, ob es in diesem Bereich andere Anbieter gebe und wie die Kontaktaufnahme mit dem Schöffengericht abgelaufen sei. Die Bürgermeisterin erklärt, dass der Betreiber CFL mobility die Dienstleistung angeboten habe und dies derzeit in vielen Gemeinden tue. Rat Marcel Jakobs findet es befremdlich, dass die Mietwagen nicht am Bahnhof stationiert werden, falls das Angebot komplementär zum Bahnverkehr sein soll. Die Bürgermeisterin erklärt, dass die beiden Standorte auf Vorschlag des Betreibers ausgesucht wurden. Ein Kriterium sei dabei die Zahl der potenziellen Nutzer gewesen.

Rat Patrick Calmus bedauert, dass zunächst nur Autos mit Verbrennungsmotor angeboten werden, obschon CFL Flex auch emissionsfreie Fahrzeuge anbiete. Die Bürgermeisterin erklärt, dass dies nur während der Testphase so vorgesehen sei. Falls die Gemeinde den Vertrag verlängern wolle, könnten auch Elektrofahrzeuge angeboten werden. Dazu müssten

zudem neue Ladestationen installiert werden. Rat Patrick Calmus begrüßt die Initiative prinzipiell, ist aber auch der Meinung, dass das „Flex“ Carsharing-System bisher nicht besonders erfolgreich gewesen sei. Die Bürgermeisterin bestätigt auf Nachfrage, dass die Autos an ihren jeweiligen Ursprungsstandort zurückgebracht werden müssen. Sie erklärt, dass das Schöffengericht die Nutzung während der Testphase beobachten wolle, um eine endgültige Entscheidung über eine Einführung zu treffen. Rat Patrick Calmus fragt, ob die monatliche Gebühr für die Gemeinde auf Verhandlungsbasis zustande gekommen sei. Gemeindesekretär Marc Thill erklärt, dass es sich um einen Standardvertrag handele, dessen Konditionen immer gleich seien.

Rat Tom Berend begrüßt die Initiative prinzipiell, bezweifelt jedoch, dass ein solches System zur Reduzierung des Individualverkehrs beitragen könne.

Rat Jean-Pierre Roemen begrüßt die Einführung der Dienstleistung ebenfalls, bemängelt jedoch die in seine Augen hohen Nutzungsgebühren sowie die Tatsache, dass die Fahrzeuge an ihrer Ursprungsstation abgegeben werden müssen. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass der Betreiber den letzten Aspekt ändern möchte und daher derzeit versuche, sein Netz über das ganze Land auszudehnen.

Rat Lou Linster begrüßt die Initiative ebenfalls, teilt jedoch die Skepsis seines Vorredners. Er möchte zudem wissen, ob es bereits neue Informationen über einen gesicherten „M-Box“-Fahrradstellplatzes am Bahnhof gebe. Die Bürgermeisterin verneint dies.

Rätin Christiane Schmit-Hamen ist der Meinung, dass am Bahnhof ebenfalls ein Standort eingerichtet werden sollte, da dieser ja in einiger Entfernung der anderen Ortsteile liege. Sie erkundigt sich, wie die Wartung und Reinigung der Fahrzeuge organisiert werde. Die Bürgermeisterin erklärt, dass der Betreiber sämtliche Aufgaben übernehme. Die Gemeinde stelle lediglich einen Ansprechpartner für Kommunikation mit dem Betreiber.

Der Vertrag mit CFL Mobility s.a. wird einstimmig genehmigt.

5. Grundstückserwerb Katasternummer 854/7955, Rue de la Montée Genehmigung des Kaufvertrags

Der Gemeinderat soll den Kaufvertrag für ein Grundstück in der Rue de la Montée genehmigen, nachdem er sich in seiner Sitzung vom 2. April zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts durch die Gemeinde entschieden hatte. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass der Vertrag am 30. April unterzeichnet worden sei und nun genehmigt werden müsse. Es sei wichtig, den Vertrag zeitnah abzuschließen, damit die Gemeinde von staatlichen Zuschüssen profitieren könne.

Schöffe Jean-Paul Sunnen ergänzt, dass das Schöffengericht sich derzeit intensiv Gedanken über eine Nutzung des erstandenen Grundstücks mache. Es hätten bereits Gespräche mit dem Fonds du Logement, der SNHBM, sowie der Agence Immobilière Sociale (AIS) stattgefunden. Das Schöffengericht gehe davon aus, dass es mit der AIS noch vor Jahresende zu einer Einigung kommen könne.

Der Kaufvertrag wird einstimmig genehmigt.

6 Erwerb mehrerer Grundstücke aus einer öffentlichen Auktion am 13. April 2021: Genehmigung des Kaufvertrags

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass der Schöfferrat anlässlich einer öffentlichen Auktion am 13. April zehn Parzellen mit einer Gesamtfläche von 90,30 Ar zu einem Preis von 810.000 Euro ersteigert habe. Dies entspreche einem Preis von rund 9.000 Euro pro Ar. Es handele sich um Grundstücke am Ort „Op Fronzel“.

Rat Lou Linster gesteht ein, dass der Erwerb einerseits Sinn mache, da die Gemeinde bereits 2018 fünf Grundstücke in diesem Bereich erworben habe, offenbar mit dem Ziel, einen Park zu schaffen. Er sei jedoch der Meinung, dass der Kaufpreis viel zu hoch sei, insbesondere angesichts der Tatsache, dass es sich um nicht bebaubares Ackerland handele. Schöffe Jean-Paul Sunnen vertritt den Standpunkt, der Preis entspreche den aktuellen Marktgegebenheiten und die Grundstücke hätten aufgrund ihrer zentralen Lage durchaus Potenzial zur Entwicklung.

Der Kaufvertrag wird mit vier Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

7 Konvention mit dem Office Social Commun Mamer 2021: Genehmigung der Konvention

Der Gemeinderat soll die Konvention 2021 mit dem gemeinsamen Sozialamt in Mamer (OSCM) genehmigen. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass es sich um dieselbe Konvention zwischen dem Sozialamt und den Gemeinden Leudelingen, Bartringen, Dippach, Kehlen, Kopstal, Mamer und Reckingen/Mess handele, wie in den Vorjahren.

Rat Marcel Jakobs ist der Meinung, dass die Personalkosten des Sozialamtes im Vergleich zu den Hilfszahlungen an Bedürftige übertrieben hoch seien. Die Bürgermeisterin ist der Meinung, dass die Kosten wohl höher wären, wenn die Gemeinde ihr eigenes Sozialamt betreiben würde.

Rat Patrick Calmus möchte wissen, wie sich die Zahl der Hilfsempfänger des Sozialamts im vergangenen Jahr entwickelt habe. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass ihr die aktuellen Zahlen nicht im Detail vorliegen würden, sie aber sagen könne, dass die Zahl der Empfänger sich nicht wesentlich verändert habe. Es sei keine starke Zunahme von Hilfsanträgen aufgrund der aktuellen Krise beobachtet worden. Rat Patrick Calmus würde sich wünschen, diese Statistiken jedes Jahr einsehen zu können. Die Bürgermeisterin verspricht, das Zahlenmaterial nachzuliefern.

Die Konvention mit dem OSCM wird einstimmig genehmigt.

8 Regionale Musikschule RMW: Genehmigung der provisorischen Schulorganisation 2021/2022

Der Gemeinderat soll die provisorische Schulorganisation 2021/2022 der Regionalen Musikschule Westen (RMW) genehmigen. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass das provisorische Dokument nach der Genehmigung an den Sitz der RMW in Bartringen geschickt werde, wo diese dann gemeinsam mit den Dokumenten der anderen Partnergemeinden über die UGDA an das Ministerium geschickt werde. Die Bürgermeisterin unterstreicht, dass die provisorische Schulorganisation als Prognose anzusehen sei, da vor dem Schulanfang nicht bekannt sei, wie viele

Schüler eingeschrieben seien. Die Einschreibungen seien derzeit offen.

Die Bürgermeisterin erläutert, dass die Kosten der Musikschule für die Gemeinde im Schuljahr 2021/2022 bei rund 392.000 Euro liegen. Dies entspreche 5.317,07 Euro pro Schüler und Unterrichtsstunde. Die provisorische Organisation sehe 214 Schüler für die Gemeinde vor. Die definitive Schulorganisation mit den definitiven Zahlen werde im Herbst nachgereicht.

Rat Lou Linster erkundigt sich, warum das vergangene Schuljahr mit einem Überschuss abgeschlossen wurde, obschon die Zahl der Schulstunden gestiegen sei. Gemeindesekretär Marc Thill erklärt, dass die Zahl der Stunden auf Basis der provisorischen Schulorganisation erhöht worden sei, während viele Unterrichtsstunden aufgrund der Covid-19-Pandemie ausgefallen seien. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass unter anderem die Kurse in Musiktheorie (solfège) zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 ganz ausgefallen seien. Später habe der Unterricht dann via Videokonferenz stattgefunden. Rat Lou Linster merkt an, dass die Zahl der Schüler im vergangenen Jahr stark abgenommen habe. Laut Schöffenkollegium sei dies zum Teil auf die Covid-19-Pandemie, zum Teil aber auch auf gesellschaftliche Veränderungen zurückzuführen.

Die provisorische Schulorganisation der Musikschule RMW wird einstimmig genehmigt.

9. Studienzuschüsse und Prämien für verdienstvolle Schüler: Entscheidung über eine Änderung des Reglements

Der Schöffenrat schlägt eine zusammen mit der Finanzkommission ausgearbeitete Änderung des Gemeindereglements über Stundenzuschüsse und Prämien für verdienstvolle Schüler vor. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass es vor allem darum gehe, eine einheitliche Bewertung aufgrund der Schulleistungen einzuführen. Für Studenten an Hochschulen soll eine Prämie für jeden bestandenen Abschluss ohne Berücksichtigung der Studiendauer eingeführt werden. Die betreffenden Diplome müssen vorgelegt werden, pro Diplom gibt es eine Prämie.

Rat Patrick Calmus bedauert, dass die Prämien nun als Belohnung nach dem Abschluss und nicht mehr während der Studien ausgezahlt werden. Er bemängelt zudem, dass das „Brevet de Technicien Supérieur“ (BTS) künftig gar nicht mehr als Diplom anerkannt wird, obschon eine Aufwertung dieser Abschlüsse derzeit öffentlich diskutiert werde. Auch die Bewertung verdienstvoller Schüler auf der Grundlage dreier Leistungsstufen halte er nicht für gut, da er sich hier eine stärkere Differenzierung gewünscht habe, unter anderem zwischen verschiedenen Altersgruppen.

Die Bürgermeisterin vertritt den Standpunkt, dass die Änderungen mehr Transparenz bei der Bewertung der Leistungen der Schüler mit sich bringen. Die Entlastung der Gemeinde sei nur sekundär ein Ziel gewesen.

Laut dem Schöffen Jean-Paul Sunnen sei das bisherige System gut gewesen, um Sekundarschüler aus Luxemburg zu bewerten. Bei Studenten an ausländischen Universitäten habe es immer Probleme mit nicht überprüfbaren Immatrikulationen gegeben. Das vorgeschlagene System löse

diese Probleme und zudem erhalte kein Empfänger weniger Geld als bisher.

Schöffe Raphael Gindt unterstreicht, dass die Änderung vor allem auch sicherstellen solle, dass die Empfänger nur für erfolgreich absolvierte Schul- bzw. Studienjahre belohnt werden und nicht, weil sie nur eingeschrieben waren.

Rat Jean-Pierre Roemen schlägt vor, die drei für den Sekundarunterricht vorgesehenen Leistungsstufen anders zu staffeln, da die Leistungsunterschiede innerhalb der Stufen in seine Augen zu groß seien. Es sei schwer nachzuziehen, dass ein Schüler mit einem Punktedurchschnitt von 40 die gleiche Summe erhalte als einer, der einen Schnitt von 49 aufweisen kann. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel unterstreicht, dass das neue Reglement weitestgehend auf den Vorschlägen der Finanzkommission basiere.

Rat Lou Linster ist der Meinung, dass der Änderungsvorschlag in Bezug auf die Sekundarschüler eine Verschlechterung mit sich bringt. Das alte System sei in seinen Augen besser gestaffelt und somit gerechter gewesen. Er werde den Änderungsvorschlag daher nicht mittragen.

Als Präsidentin der Finanzkommission erklärt Rätin Christiane Schmit-Hamen, dass der Vorschlag zum Sekundarunterricht unter anderem darauf basiere, dass immer weniger Schüler Zeugnisse aus dem klassischen luxemburgischen System vorweisen könnten. In Luxemburg gebe es mittlerweile mehrere Sekundarschulen, die nach ausländischen Bewertungssystemen arbeiten, was einen Vergleich der Leistungen sehr erschwere. Die vorgeschlagene

Staffelung orientiere sich einfach an den drei Leistungsstufen (bestanden, gut, sehr gut), die auch vom Bildungsministerium benutzt werden würden. Die Rätin weist zudem auf den erheblichen Verwaltungsaufwand hin, den das alte System bereitet habe. Das neue System sei in ihren Augen gerechter und im Endeffekt würden die Sekundarschüler sogar mehr Geld erhalten als zuvor.

Der Vorschlag zur Änderung der Regelung wird mit vier Gegenstimmen angenommen.

10. Motionen der Gemeinderatsmitglieder

Rat Lou Linster hat eine Motion eingebracht, in der eine Subvention für den Rückbau bzw. die Beseitigung von Schottergärten vorgeschlagen wird. Da solche Gärten ökologisch problematisch seien, schlägt er vor, dass die Gemeinde die Umwandlung solcher Flächen in Grünflächen finanziell fördern und belohnen solle. Die Höhe der Prämie soll proportional zur umgewandelten Fläche sein. Bürger, die nach der Einführung des Reglements einen Schottergarten anlegen, sollen das Recht auf eine Subvention verlieren – auch dann, wenn die Fläche zu einem späteren Zeitpunkt in eine Grünfläche umgewandelt wird.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel ist der Meinung, dass eine Prämie in diesem Zusammenhang nicht angebracht und eine stärkere Sensibilisierung zum Thema vorzuziehen sei.

Rat Tom Berend hält ebenfalls eine Subvention nicht für sinnvoll und spricht sich stattdessen für regelmäßige Maßnahmen zur Sensibilisierung aus.

Schöffe Jean-Paul Sunnen ist der Meinung, dass zu dem Thema prinzipiell Einigkeit im Gemeinderat herrsche. Er spricht sich ebenfalls gegen eine Subvention und für mehr Sensibilisierungsmaßnahmen aus.

Schöffe Raphael Gindt schließt sich dieser Position an und beschreibt eine Sensibilisierungskampagne aus Düsseldorf, bei der die Bürger durch kostenlose Blumensamen und Aufklärungsflyer zum Anlegen lebendiger Gärten angeregt werden. Er sieht den Vorschlag, lediglich Subventionen verteilen zu wollen, als „billigen Populismus“ an.

Die Motion wird mit fünf Gegenstimmen abgelehnt.

11 Anfragen zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts

Dem Schöffenkollegium liegen vier Anfragen zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts vor. Es handelt sich um ein Grundstück „auf der Schlimmchen“, sowie um drei Immobilien in der Rue de la Gare.

Laut Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel sei nur einer der Anträge zulässig. Das Schöffenkollegium schlägt jedoch vor, dass die Gemeinde hier keinen Gebrauch von ihrem Vorkaufsrecht macht.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, in allen vier Fällen keinen Gebrauch vom Vorkaufsrecht zu machen.

12 Korrespondenz, Fragen an das Bürgermeister- und Schöffenkollegium

In einer schriftlichen Frage von Rat Lou Linster beschäftigt sich mit den gesetzlichen Bestimmungen zu Wohn-, bzw. Geschäftsimmobilien. Der Rat will wissen, wie das Schöffenkollegium

sicherstellt, dass Wohnungen in der Gemeinde nicht unerlaubterweise als Geschäftsimmobilien genutzt werden.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel und Schöffe Jean-Paul Sunnen erklären, dass die Gemeinde die Bestimmungen überwache und die Nutzer der Immobilien gegebenenfalls anschreiben, um diese an ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu erinnern. Es sei jedoch schwierig, eine solche Aktivität zu überwachen oder überhaupt zu bemerken. Rat Lou Linster schlägt die Schaffung eines Leerstandregisters vor, um solche Aktivitäten besser zu erfassen. Schöffe Jean-Paul Sunnen erklärt, dass einige Gemeinden dies ohne viel Erfolg versucht hätten.

Rat Lou Linster bittet darum, die Barrieren auf dem Markt zu entfernen.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel antwortet, dass die Barrieren vor den Verkaufsständen bereits entfernt wurden.

Rat Lou Linster fragt nach dem Fortschritt des Jugendwohnprojekts.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel antwortet, dass die Gemeindeverwaltung vor kurzem darüber informiert wurde, dass die Stiftung SOS Kannerduerf Lëtzebuerg ein Einfamilienhaus in der Rue de la Gare erworben hat, 100 m von dem Gebäude entfernt, in dem das von der Gemeindeverwaltung mit der a.s.b.l. Inter-Actions initiierte Jugendwohnprojekt untergebracht ist. Ein Treffen zwischen den Institutionen wird über die Komplementarität der Projekte entscheiden müssen.

Rat Lou Linster bemerkt, dass

die neuen LED-Straßenlampen in den Straßen installiert wurden, ohne die Einwohner zu befragen.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel antwortet, dass die technischen Normen die Platzierung der Straßenbeleuchtung in den Straßen vorschreiben. Grundsätzlich muss eine Straße gleichmäßig beleuchtet sein, ohne einen Punkt zu haben, der dunkler ist. Bei Beschwerden von Anwohnern werden Erklärungen an die Antragsteller gegeben.

Rat Lou Linster fragt, ob die Ortsverbände den jährlichen Zuschuss auch dann erhalten würden, wenn die durch das Covid-19-Virus verursachte Pandemie die Organisation ihrer Generalversammlung im Jahr 2020 verhindern würde?

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel antwortet, dass das Schöffenkollegium angesichts der Ausnahmesituation nicht auf die Organisation einer Hauptversammlung im Jahr 2020 für die Vergabe des Zuschusses bestehen wird.

Rat Lou Linster informiert, dass das VALORLUX System von nun an eine breitere Palette von Gegenständen zum Recycling annehmen wird.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass das Schöffenkollegium erst einen Tag zuvor über die Erweiterung des VALORLUX Recyclingsystems informiert wurde.

Rat Lou Linster bittet um die Installation eines Sicht- und Schallschutzes zwischen der Terrasse des Restaurants „Yabani“ und den Nachbarhäusern.

Die Bürgermeisterin merkt an, dass das schlechte Wetter die Nutzung der Terrasse im Garten des Restaurants „Yabani“ im

ehemaligen „Steichen“-Haus bisher nur sehr selten zuließe. Folglich kann die Lärmbelästigung durch die Kunden oder durch die Hintergrundmusik nur einen sehr geringen Einfluss gehabt haben. Sie betont, dass Lärm im Allgemeinen nicht verboten werden kann, solange er die gesetzlich tolerierte Grenze nicht überschreitet. Andererseits wurde der Gemeindeverwaltung gemeldet, dass einige Nachbarn auch Lärmbelästigungen durch verstärkte Musik verursacht hätten, deren Lautstärke zu hoch war.

Rat Lou Linster schlägt vor, die musikalische Untermalung zu entfernen, um den Streit zu schlichten.

Schöffe Raphael Gindt bedauert, dass der Dialog dadurch verschärft wurde. Niemand kann seinem Nächsten verbieten, was er selbst verwirklicht, solange die gesetzlichen Normen nicht überschritten werden. Raphael Gindt lässt wissen, dass er auf der Terrasse des Restaurants gegessen hat und ist der Meinung, dass die Geruchseindrücke des Hofes prägnanter sind als eine mögliche Lärmbelästigung durch das Restaurant. Das Projekt eines Restaurants „Chiche / Yabani“ hat in vielen anderen Orten funktioniert. Es ist unverständlich, warum es in Leudelingen nicht funktionieren würde.

Rätin Christiane Hamen wundert sich über die Beschwerde der Nachbarn über eine Hintergrundmusik, die von der Terrasse des Restaurants kommt, da sie diese selbst beim täglichen Vorbeigehen, quasi nie vernommen habe..

Die Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt mit, dass die Hintergrundmusik nur dann eingeschaltet wurde, wenn Kunden anwesend waren. Die Nachbarn

antworteten daraufhin mit Rockmusik.

Schöffe Raphael Gindt bedauert, dass die derzeitige Diskussion eine Haltung von extremem Egoismus widerzuspiegeln scheint.

Rat Tom Berend schlägt vor abzuwarten, bis sich die Situation entspannt hat.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt mit, dass die Beschwerden der Nachbarn von den Mitgliedern des Kollegiums der Bürgermeister und Schöffen gehört wurden. Wenn sie sich entscheiden, trotzdem umzuziehen, wird sie niemand aufhalten können. Vielleicht akzeptieren die neuen Bewohner der Gebäude von Anfang an die Anwesenheit eines Restaurants in ihrer Nachbarschaft.

Rat Berend fügt hinzu, dass dieses Phänomen kein Einzelfall sei, sondern auch in vielen anderen Ortschaften existiere.

13 Brasserie „An der Eech“: Genehmigung einer Kündigungsvereinbarung (in geschlossener Sitzung)

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit genehmigt der Gemeinderat einstimmig eine Kündigungsvereinbarung mit den ehemaligen Betreibern der Brasserie „An der Eech“.

14 Personalangelegenheiten: Genehmigung einer Änderung des Kollektivvertrags für Angestellte (in geschlossener Sitzung)

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit genehmigt der Gemeinderat einen Zusatz zum Arbeiterkollektivvertrag der Gemeinde Leudelingen. Durch diesen Zusatz erhalten die Arbeiter Anrecht auf ein Zeitsparkonto, eine einmalige Jahresprämie von 1%, sowie

einer Sonderzulage von 15 Lohnpunkten. Außerdem wurden die Modalitäten der Lohnzulage des Ersatzarbeiters festgehalten.

15. Beratungskommissionen: Ernennung eines Mitglieds der Sportkommission (in geschlossener Sitzung)

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde Frau Lena Da Nazaré zum neuen Mitglied der Sportkommission ernannt.

Deux voitures CFL Mobility Flex pour Leudelange

CONSEIL COMMUNAL DU 11 MAI 2021

Présents:

Diane Bisenius-Feipel,
bourgmestre, Jean-Paul Sunnen,
échevin, Raphael Gindt, échevin

Conseillers: Tom Berend, Marcel
Jakobs, Lou Linster, Jean-Pierre
Roemen.

Les conseillers Patrick Calmus
et Christiane Schmit-Hamen
assistent à la séance per
visioconférence.

Secrétaire communal: Marc Thill.

Ordre du jour

- 1a Fixation du lieu de la réunion du
Conseil communal; Approbation
- 1b Approbation de l'ordre du jour;
Approbation
- 2 Communications;
- 3 Finances communales; Emprunt de
3 mio d'euros, accord de principe
- 4 CFL Mobility Flex; Approbation d'un
contrat avec CFL Mobility s.a.
- 5 Acquisition terrain no. cadastre
854/7955, Rue de la Montée;
Approbation de l'acte
- 6 Acquisition d'un lot de divers
terrains, adjudication publique du
13 avril 2021; Approbation de l'acte
7. Convention Office social commun
Mamer 2021; Approbation
8. Ecole de musique régionale RMW;
Approbation organisation scolaire
provisoire année 2021/ 2022
- 9 Allocation d'études, primes pour
élèves méritants; Réforme du
règlement, décision
- 10 Motions des conseillers;
- 11 Liste des demandes du droit de
préemption;
- 12 Correspondance, questions au
Collège des bourgmestre et
échevins
- 13 Restaurant-brasserie «an der Eech»;
huis clos
Approbation de l'accord de
résiliation
- 14 Affaire de personnel; huis clos
Salariés, approbation d'un avenant à
la convention collective
15. Commissions consultatives; huis
clos
Nomination d'un membre dans la
commission des loisirs et sports

1a Fixation du lieu de la réunion du Conseil communal

Suite aux restrictions liées à la
crise sanitaire, la séance du
Conseil communal se tiendra au
centre sociétair «An der Eech».
Tous les conseillers approuvent
cette décision.

1b Approbation de l'ordre du jour

Le conseiller Lou Linster propose
d'avancer le point 15 de l'ordre
du jour afin de pouvoir traiter ces
points à huis clos ensemble à la
fin de la réunion. Il n'est pas d'ac-
cord pour que les points 13 et 14
de l'ordre du jour soient discutés
à huis clos, car il estime qu'il n'y
a aucune raison de le faire. Le
Collège des bourgmestre et
échevins propose que l'ancien
point 15 devienne le nouveau
point 12, mais que l'ordre du jour
reste inchangé. La proposition du
Collège échevinal est adoptée à

la majorité, avec quatre voix
contre.

2 Communications

La bourgmestre Diane Bisenius-
Feipel informe que le Collège des
bourgmestre et échevins ne pou-
vait pas encore faire de déclara-
tions définitives sur les éven-
tuelles célébrations de la fête na-
tionale en raison de la situation
toujours tendue de Covid 19.
Dans ce contexte, on attend de
voir ce que le gouvernement pré-
voit. Ce dernier a déjà indiqué
qu'il organiserait une cérémonie
au niveau national pour rempla-
cer les événements locaux. Le
Collège des bourgmestre et
échevins a également décidé d'il-
luminer la mairie aux couleurs
nationales pendant toute la se-
maine de la fête nationale.

La bourgmestre Diane Bisenius-
Feipel annonce que la date limite

de dépôt des candidatures pour
les jobs étudiants est le 15 mai.
Jusqu'à présent, 14 jeunes élèves
et étudiants de Leudelange ont
soumis une demande.

La bourgmestre explique que le
Collège des bourgmestre et
échevins prendra prochainement
une décision sur la proposition
de recrutement d'un contre-
maître de remplacement. 17 can-
didatures ont été reçues pour ce
poste. Toutefois, le Conseil com-
munal devrait d'abord approuver
la modification de la convention
collective des employés propo-
sée lors de la présente réunion.

Diane Bisenius-Feipel indique
que les tests rapides Covid 19
destinés à être utilisés dans les
écoles avaient été livrés début
mai. Chaque semaine, deux à
trois élèves seraient testés par
classe dans toutes les tranches
d'âge. Dans les classes du

préscolaire et précoce, les parents reçoivent un test à réaliser à la maison.

La bourgmestre informe que les premières stations du réseau de vélos de location «vel'OH!» de la capitale seront installées dans la commune.

En ce qui concerne les travaux actuels dans la Rue de la Gare, la bourgmestre laisse entendre qu'ils progressent comme prévu. Les travaux semblent actuellement au ralenti, cela est dû au fait que de nombreux petits travaux de détail sont actuellement en cours, tels que les raccordements des maisons.

La bourgmestre fait savoir que les travaux vont également débiter prochainement dans la rue de Cessange, dont le devis avait été approuvé lors de la réunion du Conseil communal du 30 mars. Les travaux consisteraient à renouveler les réseaux de gaz, de télécommunications et d'électricité entre le carrefour avec la rue de la Gare et l'entrée du Domaine Schmiseleck, ainsi qu'à installer une nouvelle conduite d'eau. Les travaux commenceront dès que ceux de la rue de la Gare seront presque achevés, et dureront quatre mois.

En ce qui concerne le service d'achat de la commune dans le contexte de la pandémie, Diane Bisenius-Feipel explique qu'aucune demande de client n'était actuellement reçue. Le service a été utilisé pour la dernière fois au début du mois d'avril. Toutefois, le Collège des bourgmestre et échevins souhaite maintenir le service jusqu'à la fin de la pandémie.

Le conseiller Marcel Jakobs fait remarquer que l'état de la partie accessible aux automobilistes du site de la rue de la Gare était préoccupant en raison de la

présence de nids de poule importants. Comme les résidents dépendaient néanmoins de l'utilisation de cette section, il suggère une réparation temporaire. La bourgmestre explique que le problème était connu et que le Collège échevinal avait déjà demandé à plusieurs reprises que la chaussée soit réparée. La bourgmestre promet de s'attaquer à nouveau au problème.

Le conseiller Patrick Calmus est d'accord avec l'intervenant précédent concernant le mauvais état de la chaussée. Il note également qu'une partie de la chaussée sur le site est utilisée comme dépôt de matériaux, ce qui pose d'autres problèmes. Il trouve cette circonstance inacceptable car la route est officiellement ouverte à la circulation. Les employés responsables de la commune devraient mettre l'accent sur leurs demandes. La bourgmestre promet d'examiner la question, mais fait remarquer que de tels désagréments sur un chantier de construction étaient inévitables. Le fait que le tronçon soit resté praticable malgré les travaux doit être considéré comme une solution de compromis.

Le conseiller Patrick Calmus se félicite que le réseau de vélos de location «vel'OH!» soit enfin étendu à Leudelange, mais regrette que cela ait pris beaucoup de temps. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que la commune est totalement dépendante de la planification de la ville de Luxembourg en la matière.

Le conseiller Jean-Pierre Roemen félicite également l'extension du réseau «vel'OH!» et du fait que le Collège échevinal souhaite maintenir le service de livraison à domicile pour l'instant, malgré le peu d'intérêt qu'il suscite en ce moment.

3. Finances communales; Emprunt de 3 mio d'euros, accord de principe

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel rappelle que le budget communal 2021 prévoit la souscription d'un emprunt de 7,5 millions d'euros. Les faibles taux d'intérêt et le fait que l'État a promis une aide aux communes en raison de la pandémie font que c'est l'occasion pour contracter un prêt.

Une première offre de la BCEE pour un prêt de 3 millions d'euros prévoit un remboursement de 76.411,29 euros par semestre sur 10 ans dans le cas le plus favorable. Une option plus coûteuse prévoit des versements semestriels de 78.719,97 sur 20 ans. Cela correspondrait à un remboursement mensuel de 12.735 ou 13.152 euros.

Selon la bourgmestre, le Collège des bourgmestre et échevins souhaite solliciter des offres supplémentaires. Légalement, l'emprunt est possible au plus tôt au mois de mai. Lors de la présente réunion, le Conseil communal doit parvenir à un accord de principe, ce qui permettrait au Collège des bourgmestre et échevins d'entreprendre d'autres démarches. L'offre de prêt actuelle ne concerne qu'une partie du prêt total proposé. La commune a récemment acquis plusieurs propriétés et cherche à réaliser de nombreux projets.

Le conseiller Marcel Jakobs fait remarquer que l'utilisation du prêt dans le budget était prévue pour la construction d'une nouvelle école. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que la commune a besoin d'assurer le financement de projets futurs. C'est pourquoi, selon elle, il est important de mettre en place rapidement l'accord de principe, même si l'emprunt n'intervient

que plus tard. Le secrétaire communal Marc Thill, interrogé par le conseiller Marcel Jacobs, explique quelles sont les étapes de la procédure selon la loi sur les finances communales.

Le conseiller Patrick Calmus demande si, malgré l'accord de principe, l'emprunt doit encore être approuvé par le Conseil communal. Le secrétaire communal Marc Thill répond par la négative et explique que le Conseil communal peut contracter le prêt sans autre forme de procès en vertu de l'accord de principe. Un nouveau vote n'est pas obligatoire, mais possible. Le conseiller Patrick Calmus pense que cela est discutable car l'accord de principe pour le prêt ne prescrit pas une utilisation précise des fonds. Le secrétaire communal Marc Thill précise que l'utilisation prévue est en fait notée dans le poste budgétaire en question. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel souligne que cette procédure était nécessaire pour pouvoir payer des dépenses à court terme si nécessaire, car la procédure d'approbation des emprunts prenait un certain temps. L'échevin Jean-Paul Sunnen explique qu'il s'agit de disposer d'un prêt à court terme en cas de besoin, même s'il ne peut être contracté immédiatement.

Le conseiller Lou Linster accueille favorablement le principe de l'emprunt et veut savoir quelles étaient les conditions que le Collège échevinal préférerait pour emprunter. L'échevin Jean-Paul Sunnen explique qu'à l'heure actuelle, il semble judicieux de viser une durée de dix ans avec un taux d'intérêt fixe.

L'accord de principe pour contracter un emprunt de 3 millions d'euros est adopté à l'unanimité.

4 CFL Mobility Flex

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel laisse savoir que la commune envisage de conclure un contrat avec la société CFL mobility s.a. pour mettre en place le service de covoiturage «Flex» dans la commune. Elle précise que le contrat prévoyait initialement que deux voitures de location seraient proposées à Leudelage pendant une période d'essai de six mois à compter du 1 juin. Une voiture sera située sur la «Place du Lavoir» et l'autre dans la zone commerciale «Am Bann», rue Léon Laval. Les deux voitures seront placées dans les stations de recharge «Chargy» existantes. Le service serait gratuit pour la commune pendant la période d'essai. Si le contrat est prolongé, la commune participera aux coûts en versant une redevance mensuelle unique de 750 euros. La durée du contrat est de trois ans. Les coûts pour les utilisateurs comprennent une redevance de base de 3,80 euros par heure et une redevance d'utilisation de 45 centimes par kilomètre. Toutes les recettes de la période d'utilisation qui dépassent la part des coûts de la commune seront remboursées à cette dernière.

La bourgmestre souligne que le service n'a pas pour objectif premier de réaliser des bénéfices, mais de réduire les déplacements individuels. L'opérateur CFL mobility considère l'offre comme complémentaire au réseau ferroviaire. Les citoyens doivent être informés du nouveau service par tous les canaux de communication de la commune.

Le conseiller Marcel Jacobs salue l'initiative, mais souhaite savoir s'il existe d'autres prestataires dans ce domaine et comment le contact avec le Collège échevinal a été établi. La bourgmestre

explique que l'opérateur CFL mobility a proposé ce service et le fait actuellement dans de nombreuses communes. Le conseiller Marcel Jacobs trouve étrange que les voitures de location ne soient pas stationnées à la gare si le service devait être complémentaire au transport ferroviaire. La bourgmestre répond que les deux emplacements ont été choisis à la suggestion de l'opérateur. L'un des critères était le nombre d'utilisateurs potentiels.

Le conseiller Patrick Calmus regrette que, dans un premier temps, seules les voitures à moteur à combustion soient proposées, alors que CFL Flex offre également des véhicules à zéro émission. La bourgmestre explique que cela n'avait été prévu que pendant la phase de test. Si la commune souhaite prolonger le contrat, des véhicules électriques pourraient également être proposés. Cela nécessiterait également l'installation de nouvelles stations de recharge. Le conseiller Patrick Calmus salue l'initiative dans son principe, mais il estime également que le système de covoiturage «Flex» n'a pas été particulièrement efficace jusqu'à présent. Interrogée, la bourgmestre confirme que les voitures doivent être ramenées à leur emplacement d'origine respectif. Elle explique que le Collège échevinal souhaitait surveiller l'utilisation pendant la période d'essai afin de prendre une décision finale quant à son introduction. Le conseiller Patrick Calmus demande si les frais mensuels pour la commune ont été négociés. Le secrétaire communal Marc Thill explique qu'il s'agissait d'un contrat standard et que les termes étaient toujours les mêmes.

Le conseiller Tom Berend salue l'initiative dans son principe, mais doute qu'un tel système puisse

contribuer à réduire les dépalcements individuels.

Le conseiller Jean-Pierre Roemen se félicite également de l'introduction du service, mais critique ce qu'il considère comme des frais d'utilisation élevés et le fait que les véhicules doivent être ramenés à leur station d'origine. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que l'opérateur voulait changer ce dernier aspect et qu'il essayait donc actuellement d'étendre son réseau à travers le pays.

Le conseiller Lou Linster salue également l'initiative, mais partage le scepticisme de l'intervenant précédent. Il aimerait également savoir s'il y a de nouvelles informations concernant le parking à vélos sécurisé «M-Box» à la gare. La bourgmestre répond par la négative.

La conseillère Christiane Schmit-Hamen est d'avis qu'un site devrait également être installé à la gare, car celle-ci se trouve à une certaine distance des autres quartiers de la localité. Elle demande comment l'entretien et le nettoyage des véhicules sont organisés. La bourgmestre explique que l'opérateur prend en charge toutes les tâches. La commune ne fournit qu'une personne de contact pour la communication avec l'opérateur.

Le contrat avec CFL Mobility s.a. est approuvé à l'unanimité.

5 Acquisition terrain no. cadastre 854/7955, Rue de la Montée

Le Conseil communal devrait approuver l'accord d'achat d'une propriété dans la rue Montée après avoir décidé, lors de sa réunion du 2 avril, de permettre à la commune d'exercer son droit de premier refus. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique

que le contrat a été signé le 30 avril et qu'il doit maintenant être approuvé. Elle affirme qu'il est important de finaliser le contrat en temps voulu afin que la commune puisse bénéficier de subventions étatiques.

L'échevin Jean-Paul Sunnen ajoute que le Collège des bourgmestre et échevins réfléchit actuellement à l'utilisation de la propriété achetée. Des discussions avaient déjà eu lieu avec le Fonds du Logement, la SNHBM et l'Agence Immobilière Sociale (AIS). Le Collège des bourgmestre et échevins s'attend à ce qu'un accord puisse être conclu avec AIS avant la fin de l'année. L'accord d'achat est approuvé à l'unanimité.

6 Acquisition d'un lot de divers terrains, adjudication publique du 13 avril 2021

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'à l'occasion d'une vente aux enchères publique le 13 avril, le Collège des bourgmestre et échevins avait acheté dix parcelles de terrain d'une superficie totale de 90,30 acres pour un prix de 810.000 euros. Cela correspond à un prix d'environ 9.000 euros par acre. Il s'agit de parcelles de terrain situées à l'emplacement «Op Fronzel».

Le conseiller Lou Linster admet que, d'une part, l'acquisition était logique, car la commune avait déjà acquis cinq parcelles dans cette zone en 2018, apparemment dans le but de créer un parc. Toutefois, il estime que le prix d'achat est beaucoup trop élevé, notamment parce qu'il s'agit de terres agricoles qui ne peuvent être développées. L'échevin Jean-Paul Sunnen fait valoir que le prix est conforme aux conditions actuelles du marché et que le terrain présente un potentiel de développement en raison de sa situation centrale.

L'accord d'achat est approuvé à la majorité avec quatre voix contre.

7 Convention Office social commun Mamer 2021

Le Conseil communal doit approuver la convention 2021 avec l'Office social commun de Mamer (OSCM). La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'il s'agit de la même convention entre l'office social et les communes de Leudelange, Bertrange, Dippach, Kehlen, Kopstal, Mamer et Reckange/Mess que les années précédentes. Le conseiller Marcel Jakobs est d'avis que les frais de personnel de l'office social sont excessifs par rapport aux aides versées aux personnes dans le besoin. La bourgmestre estime que les coûts seraient probablement plus élevés si la commune gérait son propre office social.

Le conseiller Patrick Calmus veut savoir comment le nombre de bénéficiaires de l'aide proposée par l'office social a évolué au cours de l'année écoulée. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'elle ne disposait pas des chiffres détaillés, mais qu'elle pouvait constater que le nombre de bénéficiaires n'avait pas changé de manière significative. Elle déclare qu'il n'y avait pas eu une grande augmentation des demandes d'assistance en raison de la crise actuelle. Le conseiller Patrick Calmus souhaiterait pouvoir consulter ces statistiques chaque année. La bourgmestre promet de fournir les chiffres. La convention avec l'OSCM est approuvée à l'unanimité.

8 Ecole de musique régionale RMW

Le Conseil communal doit approuver l'organisation scolaire provisoire 2021/2022 de l'école régionale de musique Ouest

(ERM). La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'une fois approuvé, le document provisoire serait envoyé au siège de la RMW à Bertrange, où il serait ensuite transmis au ministère avec les documents des autres communes partenaires via l'UGDA. La bourgmestre souligne que l'organisation scolaire provisoire doit être considérée comme une prévision, car on ne sait pas avant la rentrée scolaire combien d'élèves seront inscrits. L'inscription est actuellement ouverte.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que le coût de l'école de musique pour la commune pour l'année scolaire 2021/2022 est d'environ 392 000 euros. Cela correspond à 5 317,07 euros par élève et par leçon. L'organisation provisoire prévoit 214 élèves pour la commune. L'organisation scolaire définitive avec les chiffres définitifs sera présentée à l'automne.

Le conseiller Lou Linster demande pourquoi la dernière année scolaire s'est achevée avec un excédent, alors que le nombre de cours avait augmenté. Le secrétaire communal Marc Thill explique que le nombre d'heures avait été augmenté en fonction de l'organisation scolaire provisoire, alors que de nombreux cours avaient été annulés en raison de la pandémie du Covid-19. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel affirme que les cours de solfège avaient été purement et simplement annulés au début de la pandémie, au printemps 2020. Les cours ultérieurs ont eu lieu par vidéoconférence. Le conseiller Lou Linster note que le nombre d'étudiants avait fortement diminué l'année dernière. Selon le Collège des bourgmestres et échevins, cette évolution est due en partie à la pandémie du Covid-19, mais aussi aux changements sociétaux.

L'organisation scolaire provisoire de l'école de musique RMW est approuvée à l'unanimité.

9 Allocation d'études, primes pour élèves méritants; Réforme du règlement, décision

Le Collège des bourgmestres et échevins propose une modification du règlement communal concernant les subventions et les bourses de scolarité pour les étudiants méritants, qui a été préparée en collaboration avec la commission des finances. Diane Bisenius-Feipel explique que l'enjeu principal est d'introduire une évaluation uniforme basée sur les performances scolaires. Pour les étudiants des universités, il est prévu d'introduire une prime pour chaque diplôme obtenu sans tenir compte de la durée des études. Les diplômes en question devront être présentés, et il y aura une prime pour chaque diplôme.

Le conseiller Patrick Calmus regrette que les primes soient désormais versées à titre de récompense après l'obtention du diplôme plutôt que pendant les études. Il critique également le fait que le Brevet de Technicien Supérieur (BTS) ne sera plus du tout reconnu comme un diplôme à l'avenir, bien qu'une revalorisation de ces qualifications soit actuellement en discussion publique. Il ne pense pas non plus que l'évaluation des élèves méritants selon trois niveaux de performance soit bonne, car il aurait aimé voir une plus grande différenciation ici, entre autres entre les différents groupes d'âge.

La position de la bourgmestre est que les changements apportent plus de transparence dans l'évaluation des performances des élèves. L'allègement de la charge de la commune n'est qu'un objectif secondaire.

Selon l'échevin Jean-Paul Sunnen, le système précédent était bon pour évaluer les élèves de l'enseignement secondaire du Luxembourg. Dans le cas des étudiants des universités étrangères, il y a toujours eu des problèmes d'inscriptions non vérifiables. Le système proposé résout ces problèmes et, en outre, aucun bénéficiaire ne reçoit moins d'argent qu'auparavant.

L'échevin Raphael Gindt souligne que le changement devait avant tout garantir que les bénéficiaires ne soient récompensés que pour avoir achevé avec succès des années d'école ou d'étude et non parce qu'ils n'ont fait que s'inscrire.

Le conseiller Jean-Pierre Roemen suggère que les trois niveaux de réussite de l'enseignement secondaire soient classés différemment, car il estime que les différences de réussite au sein de ces niveaux sont trop importantes. Il est difficile de comprendre pourquoi un étudiant ayant une moyenne de 40 devait recevoir le même montant qu'un étudiant ayant une moyenne de 49. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel souligne que les nouvelles réglementations étaient largement basées sur les suggestions de la Commission des finances.

Le conseiller Lou Linster est d'avis que l'amendement proposé est pire pour les élèves du secondaire. Selon lui, l'ancien système était mieux gradué et donc plus juste. Il ne soutiendrait donc pas l'amendement proposé.

En tant que présidente de la Commission des finances, la conseillère Christiane Schmit-Hamen explique que la proposition relative à l'enseignement secondaire se fondait, entre autres, sur le fait que de moins en moins d'élèves étaient dotés

de diplômés issus du système classique. Au Luxembourg, il y a maintenant plusieurs écoles secondaires qui travaillent selon des systèmes d'évaluation étrangers, ce qui rend très difficile la comparaison des performances. Le classement proposé était simplement basé sur les trois niveaux de performance (réussite, bien, très bien), qui étaient également utilisés par le ministère de l'éducation. La conseillère souligne également la charge administrative considérable que l'ancien système avait engendrée. Selon elle, le nouveau système est plus équitable et, au final, les élèves du secondaire recevront plus d'argent qu'auparavant. La proposition de modification du système est adoptée avec quatre voix contre.

10 Motions des conseillers

Le conseiller Lou Linster présente une motion proposant une subvention pour la déconstruction ou l'enlèvement des jardins de gravier. Ces jardins étant écologiquement problématiques, il propose que la commune encourage et récompense financièrement la conversion de ces zones en espaces verts. Le montant de la récompense doit être proportionnel à la surface convertie. Les citoyens qui créent un jardin de gravier après l'introduction de la réglementation devraient perdre le droit à une subvention - même si la zone est convertie en espace vert à une date ultérieure.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel estime qu'une prime ne serait pas appropriée dans ce contexte et qu'une plus grande sensibilisation à la question serait préférable.

Le conseiller Tom Berend estime également qu'une subvention ne serait pas appropriée et préconise plutôt des mesures

régulières de sensibilisation. L'échevin Jean-Paul Sunnen est d'avis qu'il existe un accord de principe sur le sujet au sein du Conseil communal. Il est également opposé aux subventions et favorable à davantage de mesures de sensibilisation.

Le conseiller Raphael Gindt partage cette position et décrit une campagne de sensibilisation de Düsseldorf dans laquelle les citoyens sont encouragés à planter des jardins vivants au moyen de graines de fleurs gratuites et de dépliants éducatifs. Il considère la proposition de se contenter de distribuer des subventions comme du populisme « bon marché ». La motion est rejetée avec cinq voix contre.

11 Liste des demandes du droit de préemption

Le Collège des bourgmestre et échevins a reçu quatre demandes d'exercice du droit de préemption. Ils concernent une propriété au Schlimmchen, ainsi que trois propriétés dans la rue de la Gare.

Selon la bourgmestre Diane Bisenius-Feipel, seule une des demandes est valable.

Le Collège des bourgmestre et échevins propose que la commune ne fasse pas usage de son droit de préemption.

Le Conseil communal décide à l'unanimité de ne pas faire usage du droit de préemption dans les quatre cas.

12 Correspondance, questions au Collège des bourgmestre et échevins

Dans une question adressée au Collège des bourgmestre et échevins, le conseiller Lou Linster traite la pénurie de logements et se renseigne sur la

transformation illicite de logements en local à usage commercial. Le conseiller veut savoir comment le Collège des bourgmestre et échevins s'assure que les maisons ne soient pas utilisées comme des propriétés commerciales sans autorisation.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel et l'échevin Jean-Paul Sunnen expliquent que la commune veille au respect de la réglementation et, si nécessaire, s'adresse aux utilisateurs des propriétés pour leur rappeler leurs obligations légales. Cependant, il est difficile de surveiller ou même de remarquer une telle activité. Le conseiller Lou Linster suggère la création d'un registre des immeubles vides pour mieux suivre cette activité. L'échevin Jean-Paul Sunnen explique que certaines communes ont tenté cette expérience sans grand succès.

Le conseiller Lou Linster demande d'enlever les barrières de séparation sur le marché aux frais. Diane Bisenius-Feipel répond que les barrières devant les étals de vente ont déjà été enlevées.

Le conseiller Lou Linster se renseigne sur l'avancement du projet logement jeunes. Diane Bisenius-Feipel répond que l'administration communale a récemment pris connaissance que la fondation SOS Kannerduerf Lëtzebuerg a acquis une maison unifamiliale dans la Rue de la Gare, à 100 m de distance de l'immeuble qu'abrite le projet logement jeunes initié par l'administration communale avec l'asbl Inter-Actions. Une réunion de concertation entre les institutions devra se prononcer sur la complémentarité des projets.

Le conseiller Lou Linster informe que les nouveaux lampadaires en LED ont été installés dans les rues sans avoir consulté les habitants. La bourgmestre Diane

Bisenius-Feipel réplique que des normes techniques imposent le placement des lampadaires dans les rues. En principe une rue doit être éclairée de façon uniforme sans avoir un point qui est plus sombre. En cas de réclamation de la part des riverains, des explications sont données aux réclamants.

Le conseiller Lou Linster demande si les associations locales obtiennent le subside annuel, même si la pandémie occasionnée par le virus du Covid-19 empêchait l'organisation de leur assemblée générale en 2020?

Diane Bisenius-Feipel répond que compte tenu de la situation exceptionnelle, le Collège des bourgmestre et échevins n'insistera pas sur l'organisation d'une assemblée générale en 2020 pour l'allocation du subside.

Le conseiller Lou Linster informe que dorénavant le système VALORLUX acceptera un éventail plus large d'objets pour le recyclage.

Diane Bisenius-Feipel répond que le Collège des bourgmestre et échevins vient de prendre connaissance seulement un jour plus tôt de l'extension du système de recyclage de VALORLUX.

Le conseiller Lou Linster demande l'installation d'une protection de vue et d'une protection sonore entre la terrasse du restaurant «Yabani» et les maisons avoisinantes. Dans ces immeubles 5 à 6 ménages se sont plaints de nuisances sonores et auraient déjà vendu leur appartement ou résiliés leur contrat de bail.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel constate que le mauvais temps ne permettait jusqu'à présent que très rarement l'utilisation de la terrasse située dans le

jardin du restaurant «Yabani», installé dans l'ancienne maison «Steichen». En conséquence, les nuisances sonores occasionnées par les clients ou par la musique de fond ne peuvent avoir eu qu'un impact très minime. Elle souligne que de manière générale les bruits ne peuvent être interdits tant qu'ils ne franchissent pas le seuil toléré par la loi. D'autre part, il a été rapporté à l'administration communale que certains voisins auraient également causé des nuisances sonores par de la musique amplifiée dont le volume était excessivement élevé.

Le conseiller Lou Linster propose de supprimer le fond sonore musical pour aplanir le différend.

L'échevin Raphael Gindt regrette que le dialogue se soit ainsi envenimée. Nul ne peut interdire à son voisin ce qu'il réalise lui-même tant que les normes légales ne soient pas dépassées. Il a mangé sur la terrasse du restaurant et a constaté que les impressions olfactives de l'exploitation agricole sont plus présentes qu'une éventuelle nuisance sonore du restaurant. Le projet d'un restaurant «Chiche / Yabani» a fonctionné à maintes d'autres endroits. Il est incompréhensible pourquoi il ne fonctionnerait pas à Leudelage.

La conseillère Christiane Hamen se montre étonnée par cette plainte des voisins sur une musique de fond provenant de la terrasse du restaurant.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel informe que la musique de fond était exclusivement activée lors de la présence de clients. Les voisins ont par la suite répliqué avec de la musique rock. Raphael Gindt regrette que la présente discussion semble refléter une attitude d'égoïsme extrême.

Le conseiller Tom Berend propose de prendre d'abord un certain recul et d'attendre à ce que les esprits se soient calmés.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel informe que les réclamations des voisins ont été entendues par les membres du Collège des bourgmestre et échevins. S'ils décident quand même de déménager personne ne pourra les en empêcher. Peut-être les nouveaux occupants des immeubles accepteraient dès le début la présence d'un restaurant dans leur voisinage.

Tom Berend ajoute que ce phénomène n'est pas un cas isolé, mais il existe aussi dans bien d'autres localités.

13 Restaurant-brasserie «an der Eech»

Le Conseil communal approuve à huis clos la résiliation avec les anciens exploitants de la Brasserie «An der Eech».

14 Affaire de personnel

A huis clos, le Conseil communal approuve un avenant à la convention collective de la commune de Leudelage. Cet avenant donne droit à un compte épargne temps, à une prime annuelle unique de 1%, ainsi qu'à une prime spéciale de 15 points de salaire. En outre, les modalités du complément de salaire du contremaître remplaçant ont été fixées.

15 Commissions consultatives

La nouvelle membre de la commission des sports et loisirs Mme Lena Da Nazaré est approuvée à huis clos.